



Protokoll

Jugendhilfeausschuss
8. Juli 2020, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal
Vorsitzender: Herr Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführer: Herr Markus Hirzler

Teilnehmende: siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 23

Abwesende Mitglieder: 1

Entschuldigt: Hr. StR Schnell, AfD, vertreten durch Frau Fenrich, AfD

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal und erklärt, dass coronabedingt ein größerer Raum genutzt wird. So könne der Abstand eingehalten werden. Das Dezernat 3 sei nicht in den Lockdown gegangen. Nur der letzte Jugendhilfeausschuss musste mangels Teilnahme abgesagt werden. Familienpolitik hätte einen großen Stellenwert in unserer Stadt. Die letzten drei Monate hätten gezeigt, dass die Wirtschaftspolitik nicht ohne Familienpolitik ginge. Damit befände man sich auf Augenhöhe. Wirtschaft und Sozialdezernat ergänzten sich ideal. Ein familienpolitischer Lockdown war kein Thema. Der Vorsitzende selbst und er hoffe, so auch die Anwesenden, seien stolz auf die Verwaltung. Beispielsweise die Kita-Beiträge zurückzuerstatten, wäre mit großem Fleiß verbunden gewesen. Es ging um diejenigen, die es am meisten bräuchten. Deshalb war es wichtig und richtig gewesen, die Pauschalbeiträge zurückzugeben. Der letzte Jugendhilfeausschuss habe leider nicht stattfinden können. Alle könnten stolz auf den Gemeinderat sein. Langsam kehrte die Verwaltung wieder in den Regelbetrieb zurück, was im heutigen letzten TOP noch erörtert wird. Auch den Trägern dankt der Vorsitzende ausdrücklich, die Fachkräfte hätten keinen einfachen Stand. Er begrüßt Herrn Dr. Jopen, den externen Berater zur Kita-Finanzierung.

TOP 1 Neue Finanzierungssystematik in Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe hier: Erweiterung der einkommensabhängigen Beitrags- reduzierung

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende gibt an Frau Langeneckert ab.

Frau Langeneckert (Dir. SJB) berichtet, dass diese Vorlage einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Beitragsfreiheit in den Karlsruher Kitas enthält. Es wäre wieder zu erwähnen,

dass ein Drittel der Kinder aufgrund der bisherigen einkommensabhängigen Förderung und der Geschwisterkindzuschüsse bereits beitragsfrei seien. Der letzte Schritt war die Erhöhung des Erstkinderzuschusses, um eine Orientierung am städtischen Beitrag als gemeinsamen Eckbeitrag für alle Kitas zu erreichen. Hier wurde mit den Trägern ein Korridor von zehn Prozent vereinbart und mit allen, die diesen Korridor mit ihrem Beitrag übersteigen, würden Gespräche zur Analyse geführt, die wegen Corona unterbrochen wurden. Aber auch in der Coronazeit war das Thema Kita-Beiträge sehr präsent, dazu gäbe es ja heute noch eine weitere Vorlage. Die Vorlage heute beinhalte nun den Schritt zu einer Erweiterung der einkommensabhängigen Förderung der Eltern. Diese erweiterte Förderung solle analog des Systems der WJH ab 1. März 2021 eingeführt werden. Damit können die finanziellen Konsequenzen in der Haushaltsberatung beschlossen werden. Hinzu komme nun noch ein Vorschlag seitens der Verwaltung, den gemeinsamen Eckbeitrag zu erhöhen. Die Begründung seien die steigenden Personalkosten verbunden mit der Tatsache, dass die Träger aus diesem Grund jetzt ohne Hindernisse erhöhen könnten. Damit sei dann der Abstand zu einer gemeinsamen Gebühr wieder sehr viel höher. Im Arbeitsausschuss sei dieser Vorschlag kontrovers diskutiert worden. Deshalb wäre in der Vorlage noch der Alternativvorschlag aufgenommen worden, den Erstkinderbeitragszuschuss weiter zu erhöhen, um diese Personalkostensteigerungen zu ermöglichen. Aus der aktuellen Situation heraus empfehle die Verwaltung jedoch die Erhöhung der Eckbeiträge und erst zu einem späteren Zeitpunkt die Erhöhung des Erstkinderzuschusses. Frau Langeneckert gibt das Wort an Herrn Dr. Jopen, um die einkommensabhängige Förderung detaillierter zu erklären.

Herr Dr. Jopen (Jopen Consulting GmbH) begrüßt die Anwesenden und merkt an, dass der Auftakt mit dem fünf Millionen Euro Paket gesetzt wurde. Frau Langeneckert hätte schon erläutert, dass ein Drittel der Kinder bereits befreit seien. Mit dem Erstkinderzuschuss wurde hierzu ein großer Schritt gemacht. Die Schwächsten seien durch den Erstkinderzuschuss entlastet, genauso wie die Wohlhabenden. Es solle eine einkommensabhängige Lösung installiert werden. Deutschlandweit gäbe es unzählige Lösungen. Der Vorschlag sei nun, zwanzig Prozent auf die derzeitige Einkommensgrenze der WJH draufzulegen, dafür gäbe es eine vollständige Befreiung. Bei einem um dreißig Prozent höheren Einkommen erhielten die Familien eine Befreiung von fünfzig Prozent. Es könne nicht gesagt werden, wie viele das betrifft, da über die Einkommensverhältnisse von Familien keine ausreichende Datengrundlage vorläge. Experten seien der Meinung, es handle sich um 500 bis 700 Familien. In zwei Jahren könne dies dann noch einmal diskutiert werden, um zu prüfen, ob es zu vorsichtig war. Für die Eltern, die bisher knapp an den Grenzen sind, sei es schwierig. Die Lösung wäre, jetzt klare Grenzen zu setzen. Wer 2.160 Euro als Nettoeinkommen hätte, wäre komplett von den Beiträgen befreit. Wer 2.340 Euro erziele, um fünfzig Prozent. Das sei eine klare Regelung, die auch klar kommuniziert werden könne. Somit könnten die Fachkräfte sagen, wo es richtig ist, einen Antrag zu stellen und wo es keinen Sinn macht. Im Moment ginge man davon aus, dass vierzig Prozent aller Familien dann befreit seien. Der Aufwand wird auf 850.000 Euro für 2020 und 710.000 Euro für 2021 geschätzt. Man ginge davon aus, dass die Verwaltung hierfür eine Stelle benötigt. Für das Paket 2020 würden insgesamt 1.000.000 Euro gebraucht. Zudem solle der Eckbeitrag um 3 Prozent erhöht werden, dies sei vertretbar. Bei Betrachtung der Steigerung des Erstkinderzuschusses sei die Erhöhung der Eckbeiträge um drei Prozent nachvollziehbar. Die Vielfalt der Beiträge sollte auf wenige Vereinbarungen reduziert werden. Dies sei im 1. Halbjahr aufgrund Corona nicht umgesetzt worden. Sicherlich würde dies im 2. Halbjahr wieder angegangen werden. Es sei der richtige Schritt.

Frau Stadträtin Rastätter (Grüne) freut sich über diese Vorlage und befürwortet es, den zweiten Schritt umzusetzen. Der Gemeinderat hätte einen gemeinsamen Weg zu bestreiten. Es sei ein gutes Signal für die Eltern. Es würde noch für Beschäftigung sorgen, um den Korridor von zehn Prozent zu erreichen. Der Auftrag an die Stadt sei, die Verhandlungen mit den Trägern weiterzuführen. Es wäre dadurch abgemildert, dass rund vierzig Prozent von den Beiträgen befreit sein werden. Dies sei für sie sehr wichtig.

Die einkommensabhängige Beitragszahlung sei für sie wichtig auf den Weg zu bringen. Die, die auf breiteren Schultern stünden, seien nicht von einer Beitragsbefreiung abhängig. Es läge den Gutverdienenden die Qualität am Herzen und nicht die Beitragsbefreiung. Sie seien sehr zufrieden mit diesem Vorgehen der Beitragsbefreiung und mit dem System. Zu den Eckbeiträgen können sie dies nachvollziehen, auch den Wunsch der Träger dynamisch zu erhöhen. Auch das würde ausdrücklich begrüßt. Die Dynamisierung müsse gerecht sein, von der Stadt übernommen werden und dürfe deshalb keine Erhöhung der Kitabeiträge nach sich ziehen.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) bedankt sich und findet die Vorlage gut. Ein Änderungsvorschlag für den Gemeinderat am 30. Juli sei folgender: Es sei ein guter Vorschlag von Punkt eins bis drei. Er Sorge sicherlich für Gerechtigkeit, transparenteres Verfahren und Fairness. Es sei ja noch offen, wieviel finanziert werden kann. Zu Punkt vier und fünft merkt sie an, dass Bildung kostenlos sein sollte. Sie seien froh, dass es schrittweise, die kostenlose Kita geben soll, auch wenn der Beschluss schon ein Jahr her sei.

Schrittweise müsse darauf hingearbeitet werden. Die drei Prozent Eckbeiträge würden sie nicht mittragen und sähen dies als heiklen Punkt. Sie wolle dagegen den Erstkinderzuschuss erhöhen.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU) sieht die Arbeit dahinter. Verwaltung, Gemeinderat und alle anderen waren einbezogen. Sie bedankt sich bei allen Beteiligten, es hätte viel Kraft gekostet. Sie merken an der einen und anderen Stelle, dass es Nachbesserung geben muss. Auch im Gemeinderat wird dies sicherlich diskutiert werden. Die Standards müssten noch besprochen werden. Auch die Gespräche mit den Trägern bräuchten Zeit. Der Grundsatzbeschluss würde im Gemeinderat diskutiert, aber sie gehe davon aus, dass der Jugendhilfeausschuss alle weiter auf dem Laufenden hält.

Die CDU sei der Ansicht, dies sei der richtige Schritt. Über den Eckbeitrag hätten sie lange diskutiert. Die Erhöhung des Erstkinderzuschusses könne noch nicht zugesagt werden vor der Haushaltsberatung. Es gäbe so viele Dinge, die gut sind aber auch Kosten verursachen. Sie wären erst einmal nicht bereit, 500.000 bis 600.000 Euro mitzugehen.

Herr Stadtrat Bauer (Grüne) ergänzt, sie seien für die Erweiterung der einkommensabhängigen Förderung und die Erhöhung des Erstkinderzuschusses.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) erklärt sich einverstanden mit den Regelungen.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) zeigt sich zufrieden mit dem, was herausgekommen ist. Für ihn stelle sich die Frage warum einkommensstarke Familien drei Prozent Eckbeitrag mitgehen müssen.

Herr Stadtrat Høyem (FDP) bedankt sich für die transparente Vorlage. Er sei 13 Jahre für einen Kindergarten zuständig gewesen. Es sei wichtig, dass an die pädagogischen Standards gedacht wird. Die FDP denke daran, dass die Kindereinrichtungen kostenlos werden

würden. In den Medien sei es politisch schwierig zu kommunizieren, dass die Beiträge auf Dauer gesenkt werden sollen, dafür jedoch erst erhöht würden.

Herr Stadtrat Hofmann (CDU) merkt an, er habe sich die Vorlage so vorgestellt und finde diese sehr gut, differenziert und einfach gemacht. Auf die Standards müsse bitte geschaut werden. Vor einem Jahr hätte er gesagt, wir machen das, aber nun müsse klar gesagt werden, es ist eine freiwillige Leistung. Die aktuelle Lage solle zur Vorsicht mahnen. Man müsse versuchen einen Kompromiss zu finden. Trotz der schwierigen Lage müsse man sich noch einmal zusammensetzen. Nicht nach außen signalisieren, das käme und dann vielleicht doch eine halbe Rolle wieder zurückgehen. In der aktuellen Lage sei es haushaltstechnisch schwierig. Dabei müsse man ehrlich sein.

Frau Stadträtin Fenrich (AfD) schließt sich Herrn Hofmann an. Es sei sicherlich eine gute Sache und eine gewisse Gerechtigkeit würde geschaffen. Man müsse sich dennoch erst einmal den Gesamthaushalt anschauen und danach weitersehen. Sie erkundigt sich, ob die Stadt Karlsruhe mit anderen Städten im Austausch stünde, wie es andere Kommunen, beispielsweise Mannheim, umsetzen.

Herr Stadtrat Cramer (KAL/Die Partei) ergänzt zum Thema freiwillige Leistungen und fragt, ob das Staatstheater, Wildparkstadion nicht auch freiwillige Leistungen seien. Letztendlich seien alle Entscheidungen eine freiwillige Entscheidung.

Herr Stadtrat Hofmann (CDU) findet es schade, dass die Produktivität leidet, indem das Wort verdreht wird. Er wolle nur ehrlich sein. Dies seien völlig verschiedene Töpfe. Er dachte, es solle gemeinsam etwas entschieden werden. Herr Stadtrat Cramer sei ein „alter Hase“ und sehr erfahren. Er selbst wolle nur aufwerfen, dass es fraglich sei, ob eine haushaltsrechtliche Genehmigung erreicht wird.

Frau Langeneckert (Dir SJB) verweist darauf, dass die Verwaltung an den Standards arbeitet. Es gäbe einen Arbeitskreis mit den Trägern. Es brauche jedoch Zeit. Diese Arbeit wurde durch die Kontaktsperre unterbrochen, wird aber wieder aufgenommen werden. Der Vergleich mit anderen Städten wurde in der letzten Vorlage herangezogen. Es sei tatsächlich schwierig zu vergleichen, da Karlsruhe zum Beispiel viele freie Träger habe. Die Städte seien sehr unterschiedlich und das mache es schwierig. In der Vorlage für die letzte Haushaltsplanung wurden drei Städte im Vergleich vorgestellt.

Herr Dr. Jopen (Jopen Consulting GmbH) äußert, dass es viele Träger gäbe, die noch nicht komplett auf der Linie des gemeinsamen Eckbeitrags seien. Für die anderen Träger würde ein Punktesystem verwendet. 12 bis 13 seien mit „gelb“ bezeichnet, da gäbe es kleinere Probleme. 10 Träger hätten „rot“, weil da mehr gemacht werden müsse. Rein von der finanziellen Seite könne dies nächstes Jahr gelöst werden. Es gäbe zwei Lösungen. Zum einen, den Eckbeitrag zu erhöhen, zum anderen, diesen Beitrag vom städtischen Haushalt übernehmen zu lassen. Dies könne im Haushalt bestimmt werden, und die Beiträge würden zum 01. März 2021 berechnet werden. Man könne für beide Vorschläge sein und im Gemeinderat würde dann entschieden, welche Lösung die bessere ist. Er bedankt sich für die Beiträge.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) bittet den Vorsitzenden, die Punkte 1-3 und die Punkte 4-5 jeweils separat abstimmen zu lassen.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Vorlage symbolisch sei für die Finanzkrise, für die Situation in der man sich befinde. Es sei genau zu schauen was umgesetzt werden kann. Es sei keine „Gießkannen Vorlage“, auch der Arbeitsausschuss hätte dafür gesorgt, dass man hier nach schwierigen Gesprächen, einfacher ans Ziel käme. Es ginge am 01. März 2021 los, somit wären drei Monate eingespart. An der Jugendhilfeausschuss-Sitzung am 12. November 2020 solle festgehalten werden. Am 09. Dezember 2020 fände die gemeinsame Sitzung Jugendhilfe- und Sozialausschuss zur Haushaltsberatung statt.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, wie folgt zu beschließen:

1. Familien mit Erstwohnsitz in Karlsruhe, die mit ihrem Einkommen 20 Prozent der allgemeinen Einkommensgrenze nicht überschreiten, werden auf Antrag ab 1. März 2021 die Elternbeiträge für Kindertagesstätten und Kinderkrippen vollständig erstattet.
2. Familien mit Erstwohnsitz in Karlsruhe, die mit ihrem Einkommen 30 Prozent der allgemeinen Einkommensgrenze nicht überschreiten, werden ab 1. März 2021 auf Antrag 50 Prozent der Elternbeiträge für Kindertagesstätten und Kinderkrippen erstattet.
3. Das Verfahren folgt den Regelungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe.

Ziffer 1 - 3: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat bei 1 Enthaltung die Ziffern 1 bis 3 zu beschließen.

4. Zeitgleich zum 1. März 2021 wird das seit dem 1. September 2019 geltende monatliche städtische Beitragsniveau (Eckbeiträge), welches von allen Einrichtungen anzustreben ist um jeweils 3 Prozent gerundet auf volle Euro angehoben.
5. Über eine entsprechende Anpassung der städtischen Beiträge entscheidet der Gemeinderat zeitnah.

Ziffer 4 – 5: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mit 11 Ja- und 6 Nein-Stimmen sowie 3 Enthaltungen die Ziffern 4 bis 5 zu beschließen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat der inhaltlichen Konzeption zuzustimmen und die finanziellen Auswirkungen ab dem Haushaltsjahr 2021 zur Kenntnis zu nehmen. Die abschließende Etatisierung im Haushaltsplan für das Jahr 2021 ist im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beschließen. Damit wird ein Vorgriff auf die Haushaltsabschlussfassung vermieden.

TOP 2 **IQ KorridortheMa Innenstadtentwicklung: Leitprojekt**
 “My City-My Place”
 - Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Peitzmeier.

Frau Peitzmeier (stja) teilt mit, dass das folgende Projekt eine wichtige Bedeutung hat. Weiter berichtet sie über den schwarzen Samstag in Stuttgart und dass die Ausmaße für alle erschreckend waren. Man könne die Gruppe nicht einsortieren, und es wäre eine breite Schicht der Jugendlichen betroffen. Experten würden dies analysieren. Sie möchte zu Karlsruhe keinen Zusammenhang herstellen. Sie ist jedoch davon überzeugt, dass solch ein Projekt zu gegenseitigem Respekt beitragen könne und positive Effekte mit sich bringen würde. Die Innenstadt würde in diesem Projekt in den Fokus genommen. Viele Schulen befinden sich in der Innenstadt. Es geht darum, für eine bessere Aufenthaltsqualität zu sorgen. Es fanden verschiedene Austausche statt und es gab Workshops. Es ist eine neue Form von offener Jugendarbeit, die bisher mit Stiftungsgeldern finanziert wurde. Sie ist der Auffassung, dass diese Projekt für alle sein soll. Mit einer halben Stelle wäre dafür gesorgt, dass nicht die Erwachsenen dies übernehmen, sondern dass die Jugendlichen sich aktiv beteiligen müssten.

Frau Delgado (stja) teilt eigene Erfahrungen von diesem Projekt mit. Die jungen Menschen müssen meistens in die Innenstadt fahren, wenn sie etwas unternehmen wollen. Sie habe selbst an Workshops mitgewirkt. Deshalb soll Jugendbeteiligung zeitnah umgesetzt werden, wenn sich die Situation nach Corona entspannt.

Frau Stadträtin Fenrich (AfD) fragt nach, warum die Finanzierung durch die Stiftung abgelaufen sei? Sie findet, dass sich das gut anhört, was in diesem Projekt durchgeführt wird. Die Vorlage ist jedoch für sie zu wenig spezifiziert, ihr fehlt, was konkret umgesetzt wird. Und sie möchte gerne wissen, warum die Stiftung aus diesem Projekt aussteigt.

Herr Stadtrat Bauer (Grüne) begrüßt dieses Projekt. Er ist der Auffassung, dass dieses Projekt in die Hände der Jugendlichen gegeben werden kann. Man sei an einem Punkt, wo auf das Stadtklima geschaut werden müsse. Die Grünen wollen das Projekt unterstützen.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) findet den Verweis auf Stuttgart passend. Sie ist dem Jugendhilfeausschuss sehr dankbar. Sie ist der Meinung, dass dieser Ausschuss die Stadt zusammen bringt. Von Seiten der SPD wird dieses Projekt unterstützt.

Herr Stadtrat Cramer (KAL/Die Partei) unterstützt dieses Projekt auch. Besonders dass die Jugendlichen beteiligt werden, findet er gut. Er meint, dass dadurch die Jugendlichen schnell einen Erfolg sehen. Weiter positiv sieht er, dass was in Stuttgart passiert ist, nicht bei uns plötzlich auftreten wird. Er ist der Auffassung, dass die Jugendlichen ernst genommen werden. Es ist richtig, dass die BW Stiftung dieses Projekt zwei Jahre unterstützt hat und er teilt dem Gremium mit, dass sie nicht länger als zwei Jahre finanzieren darf.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) unterstützt dieses Projekt auch. Ihm ist der Innenstadt-Charakter aufgefallen, und er findet es toll, wie die Jugendlichen eingebunden wurden. Aus diesen Gründen gibt er dem Projekt seine vollste Unterstützung.

Herr Stadtrat Hofmann (CDU) bedankt sich bei Frau Peitzmeier. Seine Partei findet das Projekt auch sehr gut. Er nimmt Bezug auf die Vorfälle in Stuttgart und verweist darauf, dass wir uns diesen jungen Menschen widmen müssen. Herr Stadtrat Hofmann verweist auf die gegenwärtige Situation und dass seine Partei sich enthalten werde, weil nicht klar sei, ob es durch den Haushalt gehe.

Herr Stadtrat Kalmbach (FDP/FW/Für) möchte, dass Lebensraum gestaltet wird. Er bittet darum, dass die Umsetzung schnell gemacht wird, damit die Jugendlichen sehen, dass etwas passiert.

Herr Köhler (Caritas) teilt mit, dass die Wohlfahrtsverbände dieses Projekt unterstützen, weil die Jugendlichen dadurch zu Wort kommen.

Herr Stadtrat Høyem (FDP) verweist darauf, dass er etwas älter ist als Herr Stadtrat Bimmerle. Er hätte in den letzten 30 Jahren viel Kontakt mit Jugendlichen gehabt und unterstütze dieses Projekt gerne.

Frau Delgado (stja) verweist auf weitere Beispiele aus dem Projekt, wie zum Beispiel „Gestaltung der grauen Mülleimer“.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die endgültige Entscheidung in den Haushaltsberatungen statt finden wird. Weiter betont er, dass die Stadt gut aufgestellt sei mit den präventiven Angeboten und weist darauf hin, dass Stiftung von Anstiften komme und, dass er damit aussagen möchte, dass Stiftungen Projekte anstoßen möchten. Weiter berichtet er, dass es auch Überlegungen gebe, wie die Jugendarbeit in den Bergdörfern umgesetzt werden könne und er finde, dass hierzu der stja viel leiste.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt mehrheitlich, bei 3 Enthaltungen, das Jugendbeteiligungsprojekt „MyCity-MyPlace“ als Teil des IQ Korridorthemas Innenstadtentwicklung. Die erforderlichen Personal- und Sachmittel werden dafür ab Januar 2021 zur Verfügung gestellt.

Die Maßnahme steht unter Finanzierungsvorbehalt, die abschließende Etatisierung im Doppelhaushalt 2021/2022 ist im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beschließen.

TOP 3 Konzept Jugendberufsagentur "Haus der kurzen Wege" - rechtskreis- übergreifend - Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Peitzmeier (stja) bedankt sich zunächst bei der Kollegin, die diese Vorlage mitgestaltet hat. Für sie ist es ein Meilenstein in einer langen Geschichte, dass mehrere Institutionen zusammen etwas aufbauen. Hierzu zählt sie die SJB, Jobcenter, stja, Arbeitsagentur und AFB auf. Sie berichtet von dem gängigen Beispiel, dass wenn ein Jugendlicher sich nach dem Schulabschluss orientieren muss, dass es für den Jugendlichen viele verschiedene Themen geben würde. Weiter berichtet sie von der Problematik, dass es für die Jugendlichen schwierig ist, herauszufinden wo sie sich Hilfe holen sollen.

Sie berichtet darüber, dass der neue Weg sei, dass verschiedene Einrichtungen eine Clearingeinrichtung anbieten. Das würde bedeuten, dass jeder Träger sozusagen 1-2 Personen aus eigenen Mitteln bereit stellt, und in diesem Haus soll es dann zukünftig einen offenen Bereich geben (Cafeteria), damit die Jugendlichen einen niedrighschweligen Einstieg erhalten. Von diesen Stellen sollen die Jugendlichen dann vermittelt werden. Dadurch entstehen kurze Wege, passende Angebote und schnellere Umsetzungen. Die Einrichtungen haben

untereinander direktere Kommunikationswege. Sie entwickeln einen gemeinsamen Blick und denken im Sinne der Jugendlichen. Frau Peitzmeier berichtet darüber, dass schon Vorarbeit geleistet wurde, indem ein Netzwerk aufgebaut wurde. Der nächste Schritt wäre nun geeignete Räumlichkeit zu finden. Der stja würde die Koordinationsstelle übernehmen. Durch interne Umstrukturierungen entstehen keine Personalkosten, somit bezieht sich der Betrag nur auf die Sachkosten.

Herr Toplugedik (stja) findet, dass dies eine tolle Idee ist und berichtet aus eigener Erfahrung, dass er nach seinem Abschluss nicht wusste, wohin er sich wenden sollte. Weiter berichtete er, dass die Arbeitsagentur nicht jugendfreundlich war und mit so einer Einrichtung jungen Menschen weitergeholfen werde. Er ist der Auffassung, dass ein zentrales Haus gefunden werden soll. Es gebe nichts besseres, als den Jugendlichen die richtigen Wege zu zeigen, ohne dass sie hin und her geschickt würden.

Frau Stadträtin Rastätter (Grüne) teilt mit, dass sie dies für ein interessantes Projekt hält. Sie befürwortet, dass bereits ein Netzwerk besteht. Sie empfindet, dass die Angebote für Jugendliche schwer zu überschauen seien. Dieses Haus wäre ideal, um den Jugendlichen zu helfen, die Schwierigkeiten haben. Sie hört gerne, dass der stja die Stelle anbietet. Sie fragt nach, welche Räumlichkeiten benötigt werden, was die anderen Einrichtungen anbieten und was auf die Stadt zukommt. Sie möchte gerne wissen, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, das Haus in dem „Haus für die Migranten“ zu integrieren.

Frau Stadträtin Fenrich (AfD) fragt sich, wie es wohl die Älteren früher gemacht haben? Es sollte jetzt die Förderungen in den Vordergrund gestellt werden und sie findet dies ist eine gute Sache. Sie hätte ein paar Kritikpunkte, dennoch möchte sie sich anschließen.

Herr Stadtrat Kalmbach (FDP/FW/Für) findet es sehr gut und fragt an, ob es in einer anderen Stadt etwas Vergleichbares geben würde.

Herr Stadtrat Høyem (FDP) weist darauf hin, dass die Berufsberater an den Schulen eingebunden werden sollten. Er wünscht sich, dass in zwei Jahren ein kurzer Bericht im Jugendhilfeausschuss vorgetragen wird.

Herr Gleitz (SJB) ergänzt, wenn die Jugendlichen einmal da seien, dann könne mit ihnen gearbeitet werden. Durch solch eine Einrichtung könnten die Jugendlichen wieder ins System integriert werden, bevor sie überall hingeschickt werden und dauerhaft dem System verloren gehen.

Herr Jonait (Agentur für Arbeit) teilt dem Gremium mit, dass man sich noch im Prozess befinde und vergleicht es mit einem Halbmarathon. Dies würde sehr viel Zeit und Nerven in Anspruch nehmen. Zu den Mietkosten führt er aus, dass andere Einrichtungen (Jobcenter, Agentur für Arbeit) überlegen, sich bei den Raumkosten zu beteiligen. Auch seine Einrichtung sei dabei, nach geeigneten Räumlichkeiten zu suchen. In zwei Jahren werde es noch keinen Bericht geben, aber er hoffe, dass in zwei Jahren gestartet werde.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, einstimmig, dem Projektauftrag: Errichtung einer Jugendberufsagentur Karlsruhe „Haus der kurzen Wege“ zuzustimmen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Absichtserklärung abzuschließen sowie die notwendigen Mittel für Planung und Entwicklung der Jugendberufsagentur Karlsruhe für die Phase II im Haushalt einzustellen.

TOP 4 Inklusion in Kindertageseinrichtungen - Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Nees.

Herr Nees (SJB) bezeichnet die Vorlage als wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Inklusion und der Teilhabe von Kindern in Kindertagesstätten. Es gehe um die Beratung der Erzieherinnen und Erzieher mit einer Ausweitung des heilpädagogischen Fachdienstes, um einen Ausbau der Kooperation mit dem allgemeinen sozialen Dienst für den Umgang mit auffälligen Kindern sowie um die neue Festlegung der begleitenden und pädagogischen Hilfen der Eingliederungshilfe und letztendlich um den Beginn einer konzeptionellen Phase mit allen Trägern. Die Träger bräuchten Planungssicherheit für ihr Personal, die Erzieherinnen und Erzieher bräuchten Hilfe im Umgang mit den Kindern und die Kinder und Familien bräuchten passgenaue Hilfen. Der Weg zur Inklusion in Kitas solle mit diesen Maßnahmen begleitet und befördert werden.

Frau Delgado (stja) möchte wissen, wie der zeitliche Rahmen für Baustein E sei

Frau Stadträtin Rastätter (Grüne) bedankt sich für die Vorlage. Sie sieht dies als ersten Schritt. Die Stellen seien notwendig. Bei Baustein B finde sie gut, dass es mit den Familienzentren stattfindet, und die Einbindung der Familien findet sie prima. Zu Baustein C merkt sie an, dass es ihr zu wenig sei, bei den pädagogischen Hilfen ab dem 01. Januar 2021 auf 530 Euro zu erhöhen. Ihrer Ansicht nach seien die Personalkosten hier nicht berücksichtigt. Die Kinder mit zwei Stunden zu betreuen, sei ihr zu wenig. Deshalb ist sie der Meinung, dass die pädagogischen Hilfen erweitert werden müssen. Sie begrüßt die Inklusionspauschale unabhängig von den Kindern und hofft, dass das Rahmenkonzept irgendwann auch vorlegt werde.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU) bedankt sich für die umfangreiche Vorlage. Ihre Partei findet es sehr gut, dass durch die Bausteine bei jedem Kind individuell auf den Förderbedarf reagiert werden kann. Auch gut sei eine Kooperation mit den Familienzentren – hier sieht sie Potential. Ihre Partei werde zustimmen.

Herr Stadtrat Høyem (FDP) unterstützt die Vorlage auch. Er weist darauf hin, dass Inklusion ein wichtiges Wort sei, jedoch nicht alle inkludiert werden könnten.

Herr Stadtrat Cramer (KAL/Die Partei) stimmt der Vorlage unter Finanzierungsvorbehalt zu. Er fragt nach, was dies wohl bedeuten soll und wie die Stadträte sehen könnten, dass es in den Haushaltsentwurf aufgenommen wird.

Der Vorsitzende erklärt daraufhin, dass eine Liste erstellt werde für die Haushaltsberatung mit allen bisherigen Entscheidungen, die für den Haushalt relevant sind. Dann könnten die

Stadträte darüber in den Haushaltsberatungen separat entscheiden. Die Beträge seien nicht im Verwaltungsentwurf enthalten.

Herr Nees (SJB) antwortet Frau Stadträtin Rastätter, dass sie den Status Quo erhalten wollten und natürlich mit den Trägern genauer hingeschaut werden müsse. Dies sei der nächste Schritt. Hierbei soll geprüft werden, wie die Verwaltung den Trägern helfen könne. Zu Frau Delgados Frage teilt er mit, dass an Baustein E eine Vielzahl an Trägern beteiligt sei. Der Austausch sei vorhanden. Wann das Rahmenkonzept steht, könne noch nicht beantwortet werden, man arbeite daran. Zu Baustein B in der Vorlage teilt Herr Nees mit, dass die Standorte seines Wissens noch nicht festgelegt wurden. Es soll 5 Familienzentren geben, die sich beteiligen werden. Diese seien im Aufbau und die Verwaltung werde auf diese zugehen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, der inhaltlichen Weiterentwicklung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen zuzustimmen und die finanziellen Mehraufwendungen zur Kenntnis zu nehmen.

Die zusätzlichen Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt, die abschließende Etablierung im Doppelhaushalt 2021/2022 ist im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beschließen.

TOP 5 Sprachbildung in Karlsruher Kindertageseinrichtungen
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 6 Förderung Projekt "Geht was!?" nach §16h SGB II und §13 SGB VIII
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 7 Öffnung der Kindertageseinrichtungen zum 29. Juni 2020:
Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen**
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Frau König. Er weist darauf hin, dass es wichtig war, den Fachbereich Kinderbetreuung eigenständig aufzustellen.

Frau König (SJB) informiert über das "Konzept zur Öffnung der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege Baden-Württemberg: Rückkehr zum Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen" und die ab dem 29. Juni 2020 geltenden Eckpunkte. Daneben werde auch eine anteilige Erstattung der Elternbeiträge für die Betreuung im Zeitraum vom 1. Mai bis 28. Juni 2020 ab dem Zeitpunkt beabsichtigt, zu dem die Kinder wieder in die Betreuung aufgenommen werden konnten. Eine weitere Erstattung der Elternbeiträge sei ab der „Wiederaufnahme“ des Kindes in der Einrichtung nicht mehr vorgesehen. Damit grundsätzlich alle Kinder zu den gebuchten Betreuungszeiten ab dem 29. Juni 2020 betreut werden können, bedürfe es noch der Anpassung der "Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen" in Bezug auf den Einsatz von "geeigneten Kräften".

Herr Stadtrat Cramer (KAL/Die Partei) möchte die Kindertagespflege ansprechen. Hier sieht er einige Probleme. Er fragt nach, welche Rückmeldungen von diesen Einrichtungen eingegangen seien, mit welchen Wünschen. Weiter möchte er wissen, wie man diesen Einrichtungen helfen könne.

Herr Koch (GKK) teilt mit, dass bis zum 18. Mai vorgesehen war, Kinder von systemrelevanten Personen in der Notbetreuung zu betreuen und rollierende Systeme zu bilden, damit die Kinder, die lange keine Betreuung hatten, einen Tag die Woche kommen können. Dies habe bei Eltern für Kopfschütteln gesorgt, weil diese dann für einen Tag den gesamten Beitrag bezahlen müssen. Diese Beträge sollten nur anteilig bezahlt werden müssen.

Der Vorsitzende erwidert, es sei schwierig, tageweise abzurechnen. Dazu brauche es mehr Personal. Wenn dies anders gehandhabt werden solle, dann müsse eine Fraktion einen Änderungsantrag stellen. Es werde viel getan um zu helfen, aber es könne nicht alles umgesetzt werden. Deshalb bitte er um Verständnis, dass seine Mitarbeiter nicht alles machen können.

Herr Stadtrat Hofmann (CDU) teilt mit, dass eine gewisse Ungerechtigkeit da sei. Er bittet darum, zu prüfen, ob es nicht doch gehe. Er habe den Einwand eher als Prüfung verstanden, dann wäre es in seinem Sinne.

Frau Sinner (Paritätische) berichtet von Beschwerden bei den Kindertageseinrichtungen. Sie bedankt sich beim Team von Frau König. 3 ½ Monate Schließung aller Kitas und nur Notbetreuung war schwer. Es gab immer wieder nur kurze Infos von Landesebene. Es war das Ziel, möglichst alle Kinder, die es nötig haben, zu betreuen. Es wäre den Trägern wichtig, dass auch anteilige Beiträge erstattet werden. Manche Träger haben sich darauf eingelassen, tageweise abzurechnen. Die Kita-Beiträge seien kostendeckend kalkuliert. Wenn nur die städtischen Elternbeiträge herangezogen werden, dann klaffe eine Lücke. Wenn die Träger auch den Beitrag von den Eltern nicht bekämen, klaffe noch eine größere Lücke. Sie bittet darum, zu überlegen, wie man einen anteiligen Elternbeitrag erstatten könne. Corona ist nicht vorbei. Es werde auf Landesebene für das kommende Kindergartenjahr schon geplant. Es sei ihr Wunsch, dass die Stadt eine Förderrichtlinie aufstelle, in welcher die Pandemie geregelt ist. Es solle geklärt sein, wie man damit dann wieder umgeht.

Herr Stadtrat Bauer (Grüne) möchte der Verwaltung auf alle Fälle nicht mehr Arbeit machen. Er zitiert aus der Vorlage, dass noch geklärt werden müsse, wie anteilige Elternbeiträge abgerechnet werden müssen. Mit wenig Verwaltungsaufwand solle ein Vorschlag ge-

macht werden, wie die Rückerstattung erfolgen soll. Seine Partei überlegt, einen Änderungsantrag zu stellen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag gestellt werden müsse und dass die Verwaltung nicht mehr machen könne. Er könne Frau Sinner keine Hoffnung machen, eine Förderrichtlinie zu erstellen, seine Mitarbeiter müssten jetzt auch erst mal Luft holen und durchschnaufen. Es sei weiterhin eine Sondersituation.

Frau Stadträtin Melchien (FDP) weist darauf hin, dass über die finanziellen Auswirkungen für Träger und Familien weiterhin gesprochen werde, da es vom Gemeinderat zurück in den Ausschuss verwiesen wurde. Ihre Partei sehe erstmal eine Verbesserung.

Der Vorsitzende nimmt alle Anregungen mit. Wenn die Fraktionen von der Verwaltung nichts hören, dann bleibe der Weg des Änderungsantrages.

Frau König (SJB) nimmt Stellung zur Frage von Herrn Stadtrat Cramer. Die Tagespflege habe die gleichen Schwierigkeiten wie die anderen Träger. Bei der Tagespflege orientiere sich die Verwaltung an den Landesverbänden. Am Montag fand ein Gespräch statt, dort konnte die Tagespflege ihre Arbeitsgruppe bilden und es wurde geschaut, wie die Krise vermindert werden könne, weil die Kosten nur erstattet werden, wenn jemand betreut wird. Für die notwendige Anpassung sei eigentlich das Land zuständig und dies sei auch schon kommuniziert worden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen sowie keiner Nein-Stimme

1. die anteilige Erstattung der Elternbeiträge während der Notbetreuung bzw. des eingeschränkten Regelbetriebs vom 1. Mai 2020 bis zum 28. Juni 2020 die Bereitstellung von 269.600 Euro Mehraufwendungen zur Kompensation der Kita-Beiträge der freien Träger und die Übernahme der Mindererträge von 35.000 Euro der Kita-Beiträge im Rahmen der Schließzeit der städtischen Einrichtungen zu beschließen.
2. die Ergänzung von Teil B, Ziffer 1, Alternative 1, Nr. VI. der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ gemäß Anlage zu beschließen. Diese Ergänzung tritt rückwirkend zum 29. Juni 2020 in Kraft.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

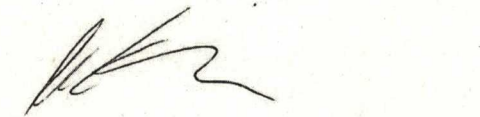
gesehen und genehmigt:


Martin Lenz
Bürgermeister

08.10.2020



der Schriftführer:


Markus Hirzler